

Gereimtes und Ungereimtes aus Blankenfelde-Mahlow

Wächter über Bürgerdummheit

Die kluge und Dummheit überwachende Mehrheit der Gemeindevertretung, vornehmlich aus SPD und CDU, incl. Bürgermeister Baier (SPD), hat die Einleitung eines Bürgerbegehrens zurückgewiesen. Grund: fast 4.000 Bürger aus Blankenfelde-Mahlow hatten ihre Unterschrift unter folgende Frage gesetzt: *"Sind Sie dafür, dass der Beschluss der Gemeindevertretung vom 31. August 2006, der die Standortverlegung der Herbert-Tschäpe-Oberschule nach Dahlewitz und die Schließung der Grundschule Dahlewitz beinhaltet, nicht umgesetzt wird?"*

Nach unergründbarer Analyse sind 14 Gemeindevertreter und der Bürgermeister zu der Erkenntnis gelangt, dass die Bürger diese Frage nicht verstehen konnten und ihre Unterschriften daher bedeutungslos sind.

Der BVBB meint, diese Unterstellung ist eine Frechheit. Dies vor allem, weil die Gemeindevertreter und der Bürgermeister mit der Dummheitsunterstellung nur verhindern wollten, dass ihr liederliches Konzept zur Änderung der Schullandschaft dem Bürger- und Elternwillen geopfert werden sollte. Verschwiegen werden soll nicht, dass Verwaltungsrichter der untersten Instanz auch von der Dummheitsvermutung ausgingen. Gilt hier etwa: Gleich und Gleich gesellt sich gern? Warten wir ab, wie es mit den Dummheiten weitergeht. Die Eltern haben nun bei der 2. Instanz Beschwerde eingelegt.

In jedem Fall sollten Sie sich aber bei den nächsten Wahlen fragen, ob Sie so dumm sind den eifrigen Wächtern über Dummheiten der Bürger noch eine Stimme zu geben. Vielleicht wäre dies dann diesmal wirklich dumm.

Unser Tip: Lesen Sie auf www.schule-ist-heimat.de, welche Auseinandersetzung Baier und die Gemeindevertretung provoziert haben.

Spezialdemokraten in Aktion

„Schönefeld Nein“ auf BVBB-Schildern an Bäumen unserer Gemeinde sind ab sofort verboten. Wer so etwas noch öffentlich macht schadet der Gemeinde, so das Verdikt von 14 Gemeindevertretern (vorwiegend SPD und CDU).

Was ist passiert? Der BVBB hatte die Frechheit einen Antrag auf Genehmigung zur Fortsetzung seiner seit Jahren geübten Praxis Schilder mit der Aufschrift „Schönefeld Nein“, als Meinungsäußerung zum BBI auch in Zukunft durch Plakatierung an Bäumen zu demonstrieren.

Jahrelang und unproblematisch wurde diese Plakataktion genehmigt. Jetzt für 2007 wurde das Begehren des BVBB mit einer obskuren Begründung abgelehnt: Nach dem durch das Bundesverwaltungsgericht teilgenehmigten Planfeststellungsbeschluss zum BBI-Bau würden die in über 2m Höhe befestigten Plakate die Sicherheit im Straßenverkehr gefährden. Vor der Entscheidung des Gerichtes hätte die Gemeinde diese Gefährdung im Sinne der Meinungsfreiheit hingenommen.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung der Gemeindevertreter dürfen Parteien allerdings weiterhin plakatieren. Das sei dann Meinungsfreiheit und dieses Propagandabedürfnis der Parteien sei als höheres Rechtsgut und keineswegs als eine Gefährdung des Straßenverkehrs anzusehen.

Es ist in der Bundesrepublik kein Fall bekannt, in dem mit ähnlicher Begründung die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit mit Füßen getreten wird oder wurde. Gegen diesen Monopolanspruch und diese Maulkorbpolitik Blankenfelder Politiker hat der BVBB nun Klage eingereicht. Es geht hier um eine Grundsatzfrage des demokratischen Rechtsstaates.

Wenn parteipolitisch geführte Gemeinden das Recht hätten, so wie in Blankenfelde-Mahlow praktiziert, zu entscheiden, was in ihrem Sinne als höheres Rechtsgut oder aber Gefährdung zu bewerten wäre, dann wäre dies eine diktatorische Genehmigungspolitik, die je nach Belieben der Parteien und Bürgermeister jede öffentliche Meinungsdarstellung unterbinden könnte. Eine Vorstellung, die zu Diktaturen passen würde. Das Pikante daran ist, dass für diese undemokratischen Repressalien der aus dem Westen stammende Bürgermeister Baier und die „Wessis“ in SPD und CDU die Verantwortung tragen. Da muss man sich fragen, ob diese Herrschaften nicht heute im falschen Staat leben.

Weißer Salbe

Getreu der Erkenntnis, wenn Du bei Verwundungen nichts anderes hast, schmier weiße Salbe drauf: hilft zwar nicht, schadet aber auch nicht und Du hast was getan, hat ein **Flughafenausschuss** einen Forderungskatalog verabschiedet.

Mit altbekannter Mehrheit haben Gemeindevertreter aus CDU und SPD zahllose Forderungen verabschiedet. Haben eben ja gesagt zu weißer Salbe! Sie haben den Spagat versucht, Bürgervertretung vorzugaukeln und dabei keinen Landesfürsten ihrer Partei zu verärgern. Man möchte Mäuschen spielen, um zu hören wie sie abgewatscht werden, weil sie sich überhaupt erdreistet haben Forderungen zu stellen. Beileibe keine der Forderungen, wie der BVBB sie für die Betroffenen aufgestellt hat. Keine der Forderungen der Gemeindevertreter wird einem Bürger helfen. Auch niemandem etwas abverlangen, weder Landespolitik noch Flughafengesellschaft. Weiße Salbe eben.

Noch eine Watsche

Groß waren die Hoffnungen, dass die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow für die Belastungen aus der BBI-Pleite so richtig entlohnt wird, also vom Flughafen-Kuchen ein dickes Stück abbekommt. Nun die Watsche: Nichts wird es mit der gewünschten Aufwertung der Gemeinde als Mittelzentrum mit herausragender Förderung.

Doch dazu kein Kommentar, keine Äußerung vom Bürgermeister oder den Gemeindevertretern. Peinlich, denn dann hätte man doch zugeben müssen, dass Blankenfelde-Mahlow abgeschrieben, zumindest aber um all seine Blütenträume einer rosigen Zukunft gebracht ist. Nur Bürgermeister Baier träumt noch öffentlich von einer Einwohnerentwicklung auf 30.000. Schön wäre es ja und die mit solcher Steigerung verbundene Gehaltserhöhung würde er sich sicher auch gönnen.

Was ist eine Lüge, wer ist ein Lügner?

Eine Lüge ist eine Aussage, von der der Lügner weiß oder vermutet, dass sie unwahr ist, und die mit der Absicht geäußert wird, dass die Leser sie trotzdem glauben. Dies geschieht meist, um einen Vorteil zu erlangen oder eigene Fehler zu vertuschen oder eine verbotene Handlung zu verdecken und so Kritik oder Strafe zu entgehen. Gelogen wird aber auch aus Höflichkeit, aus Scham, aus Angst, zum Schutz anderer Personen oder um die bösen Pläne des Gegenübers zu vereiteln.

Mit der Verbreitung von Lügen sucht sich nun auch die Redakteurin der Märkischen Allgemeinen Zeitung, Elke Höhne, zu profilieren. Am 10./11.03.2007 nutzte sie die Regionalzeitung ihres Arbeitgebers, die „Zossener Rundschau“, um u. a. Folgendes zu verbreiten: Der BVBB würde über eine hauptamtliche Führung nachdenken und will die Beiträge auf den Prüfstand stellen. Frau Höhne zückte die Giftspritze: „Der Vorsitzende Ferdi Breidbach wird sein Pensionärsdasein doch nicht mit einem Full-Time-Job versüßen?...Nachtigall, ick hör dir trapsen...“ und „keine guten Aussichten für die treuen Mitglieder, die in den vergangenen Jahren wegen der BBI-Standort-Proteste und -Klagen viele, viele Taler für die Verhinderung des BBI gespendet haben.“ Woher Frau Höhne ihre Informationen hat, lässt sie nicht wissen, aber „wir denken uns unseren Teil“ teilt sie mit. Wir auch, vor allem darüber, wen Frau Höhne mit „wir“ meint.

Die Wahrheit aber lag Frau Höhne seit dem 30.01.2007 auf ihre schriftliche Interviewanfrage beim BVBB-Vorsitzenden Ferdi Breidbach in einer offenen, wahrheitsgetreuen und ausführlichen Beantwortung eben dieser Fragestellungen längst vor. Das Interview wurde nicht gedruckt. Wohl weil die Antworten nicht für eine Verwendung zur Diffamierung oder Denunziation taugten.

Dann weiter in Frau Höhnes recherchierloser pseudojournalistischer Schmiererei: „Heute gibt er (der BVBB-d.Red.) keine aktuellen Zahlen heraus über die tatsächliche Höhe des einst mal 5000 Mitglieder zählenden parteiunabhängigen Bürgervereins Brandenburg-Berlin, hält sich tunlichst zurück mit Rück- und Ausblick nach dem Leipziger Gerichtsurteil....So sät er Misstrauen, denn vieles bleibt im Dunkeln.“ Gelogen, wie auch alles andere, denn Frau Höhne ignorierte bewusst die Email des BVBB-Vorsitzenden vom 14.02.2007, wo ihr explizit auf ihre Nachfrage geantwortet wurde „Zur Zeit ca. 4.300 Mitglieder (nach Karteibereinigung im Dez.)² und obendrein nimmt sie nicht einmal die Presseinformationen des BVBB zur Kenntnis, die seit geraumer Zeit mit der Zeile unterschrieben sind: „BVBB - mit fast 4.000 Mitgliedern die größte gesellschaftspolitische Organisation in Berlin-Brandenburg“. Ihre Informationen stammen anscheinend aus dunklen Propaganda-Kanälen und nebulösen Agitations-Giftküchen. Aber Frau Höhne wurden nicht nur Austritte und Karteibereinigungen bestätigt. Mit der bereits erwähnten Interviewanfrage vom 30.01.2007 wurden sie unter anderem detailliert in Kenntnis gesetzt:

E.H.: "Der BVBB hat sich in die Auseinandersetzung um die geplanten Änderungen der Schullandschaft in Blankenfelde/Mahlow eingeschaltet. Für das Bürgerbegehren gegen eine Entscheidung der Gemeindevertretung, die auch die Schließung der Grundschule Dahlewitz und den Umzug der Tschäpe-Schule von Mahlow nach Dahlewitz vorsieht, hat der BVBB kräftig die Trommel gerührt. Sucht der BVBB etwa neue Aufgaben, um sich als Bürgerbewegung gewissermaßen omnipotent überall einzuschalten, wenn ihm was nicht passt?"

F.B.: "Nach Satzungsziel kann er sich praktisch mit allen Fragen befassen, die die Bürger bewegen. Da muss nichts Neues gesucht werden. Tatsächlich verpflichtet die Satzung die Mitglieder umfassend für den Schutz der Menschenrechte, der Entwicklung der Region und dem Umweltschutz einzutreten und dabei entsprechende andere Initiativen zu unterstützen und zu koordinieren. Genau in diesem Satzungssinn hat sich die Ortsgruppe Blankenfelde-Mahlow im Interesse von Eltern und Kindern eingebracht."

E.H.: Wie geht es denn sonst noch weiter mit der Arbeit? Schließlich müssen sie doch akzeptieren, dass das Bundesverwaltungsgericht den Bau des BBI in Schönefeld erlaubt hat."

F.B.: "Ja, aber mit der Auflage, dass dem Land Brandenburg vom Gericht die Rechtswidrigkeit seines Lärmschutzkonzeptes um die Ohren gehauen wurde. Da muss nun in einem ergänzenden Planfeststellungsverfahren ein neues Konzept her. Vorsorglich warnen wir schon jetzt: wenn dieses Konzept wiederum die Zielsetzung hat, den Fluglärm vor den Menschen zu schützen, dann wird wieder geklagt. In der Zwischenzeit warten wir dann noch ab, wie das Bundesverfassungsgericht unsere Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bewertet. Vor dem Hintergrund dieser Fakten haben wir einen Forderungskatalog aufgestellt, der unsere Position bestimmt."

E.H.: "Da wären unsere Leser aber neugierig zu wissen, was sie denn fordern."

F.B.: „Nur in Stichworten: Heraus mit KITAS, Schulen und Einrichtungen der Senioren aus den gesundheitsgefährdenden Fluglärmzonen; generelles Flugverbot zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr; Umsiedlungen aus Regionen, in denen unter 350 m Flughöhe ein unerträglicher Fluglärmterror herrscht; den tatsächlichen Wertverlusten von Immobilien angeglichene Entschädigungen zahlen; Lärmschutz zur Sicherstellung von Kommunikation in allen Wohnräume durchsetzen; einen unabhängigen Ombudsmann als Rechtsvertreter einsetzen, der Betroffenen bei rechtlichen Auseinandersetzungen und in Wahrnehmung der Schutzinteressen Hilfe und Unterstützung bietet; Lärm- und Emissionsmessstellen einrichten; Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen unserer Kinder durchführen. Zu den Kernforderungen gehört ein Katastrophenschutzplan, der seinen Namen ebenso verdient, wie Feuerwehren, die für die Katastrophe ausgerichtet sind. Da reichen freiwillige Feuerwehren nicht mehr aus! Aber auch in der Frage der Erstattung der Klägerkosten muss etwas passieren. Es kann doch nicht sein, dass wenige Betroffene große finanzielle Opfer aufgebracht haben und davon auch die Betroffenen Vorteile erlangen, die ihren Geldbeutel zugehalten haben."

Zum Stil Frau Höhnes gehört, dass sie weder Leserbriefe beantwortet, die sie auf ihre Lügen hinweisen, noch an eine Berichtigung denkt. Es wäre ja auch das Letzte, über den BVBB die Wahrheit zu schreiben.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht! Auch dann nicht mehr, wenn er mal über Tatsachen berichtet.

Anmerkung: Die INFO wird von Fall zu Fall auf bewusste Falschberichterstattung aufmerksam machen und passend antworten.